

SPD pocht auf Koalitionsvertrag - Miersch droht mit Blockade von Agrargesetzen

Gegen eine Betriebsgrößendiskussion im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ist SPD-Fraktionsvize Dr. Matthias Miersch. Für ihn seien Kappung und Degression nicht die erste Wahl, sagt der SPD-Politiker im Interview und fordert Rücksicht auf gewachsene Strukturen. Der Fraktionsvize kündigt eine härtere Gangart gegenüber der Bundeslandwirtschaftsministerin an und fordert die Einhaltung des Koalitionsvertrages im Hinblick auf die GAP, aber auch im Bereich Gentechnik. Andernfalls werde die SPD alle Gesetzesvorhaben im Agrarbereich blockieren. Offen zeigt sich Miersch für Änderungen im Baurecht, um tiergerechte Stallbauten zu ermöglichen.

EU-Nachrichten 1

SVLFG fordert Klarheit für neue Aufgaben - Prävention im ländlichen Raum im Fokus

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau will ihr Aufgabenspektrum erweitern. In einem Papier betont der Vorstand die Kompetenz des Bundesträgers in der Prävention. Bestehende Angebote will man erweitern, neue Aufgaben zur Durchführung der Prävention im ländlichen Raum übernehmen. Als Voraussetzung wünscht sich die SVLFG klare Aufträge von der Politik. Weiter ausbauen will man den Status als „Selbständigenversicherer“. Gedacht wird an die Aufnahme von Soloselbständigen bei einer Neustrukturierung der gesetzlichen Alterssicherung. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bekräftigte ihr Bekenntnis zur eigenständigen agrarsozialen Sicherung.

Länderberichte 1

Chinas Schweinefleischimporte dürften 2019 steigen - Bestände sinken auch wegen ASP

In China lag der Schweinebestand laut Regierungsangaben im Dezember 2018 um 4,8 % unter dem Vorjahresniveau; bei Sauen war ein Minus von 8,5 % zu verzeichnen. Grund dafür sind auch die Probleme mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) und gesunkene Erzeugerpreise. Die Rabobank erwartet für 2019 einen Rückgang der Schweineproduktion zwischen 10 % und 20 % und ab dem zweiten Quartal einen höheren Importbedarf. Davon dürften Brasilien und die Europäische Union profitieren, die USA nur, wenn der Handelsstreit mit China gelöst wird. Das globale Zuchtunternehmen Genesus hält einen Bestandsabbau von bis zu 10 Millionen Sauen für möglich.

Markt + Meinung 1

Steinmeier bricht Lanze für ländliche Räume

Die Verantwortung des Staates für ländliche Räume hat Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier betont. „Der Staat muss deutschlandweit für eine gute Infrastruktur sorgen“, sagte Steinmeier beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung. Darauf müssten sich die Menschen auch in ländlichen Gebieten verlassen können. „Das ist der Staat ihnen schuldig“, so der Bundespräsident. Für ihn ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse. Schnelles Internet gehöre genauso wie Strom und Wasser inzwischen zur Grundversorgung. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner kündigte an, sie werde sich weiterhin für eine Grundgesetzänderung einsetzen, um die ländlichen Räume als dritte Säule der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) zu etablieren. Eine Öffnung der GAK sei nicht gegen die Landwirtschaft gerichtet, versicherte Klöckner. Der Deutsche Bauernverband reagierte dennoch zurückhaltend. „Wir sehen das im Moment sehr kritisch“, sagte Verbandspräsident Joachim Rukwied. Er begründete seine Haltung mit dem Risiko, dass infolge einer Öffnung der GAK für die ländliche Entwicklung der Landwirtschaft dringend benötigte Fördermittel entzogen werden könnten. Wenig erfreut zeigte sich Rukwied zudem von der Bildung eines Aktionsbündnisses „Leben auf dem Land“ unter Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums, ohne dass der Bauernverband beteiligt ist. Dem Bündnis gehören außer dem Agrarressort der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks an.

Länderberichte 42